

Rede von Fraktionsvorsitzendem Andreas Hesky für die Fraktion der Freien Wähler zur Einbringung des Haushalts 2022 in der Regionalversammlung am 20.10.2021

***Sperrfrist 20.10.2021, 15 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!***

Herr Vorsitzender Bopp,
Frau Regionaldirektorin Dr. Schelling,
Herr Kiwitt, Herr Dr. Wurmthaler,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im ersten Moment könnte man beim Blick auf den Haushaltsplan fast an das Dinner for One denken und das Planwerk mit „the same procedure as every year“ kommentieren.

Doch es lohnt sich, genau hinzusehen. Im Gegensatz zu Vorjahren steigen die ÖPNV-Umlagen deutlich. Die Umlagezahler werden es diesmal massiv spüren.

Um im Filmgenre zu bleiben: Manche werden an James Bond denken: Gerührt und nicht geschüttelt, wobei es einen beim Blick auf die Zahlen ganz schön schütteln kann.

Der Haushaltsplan 2022 zeigt in aller Schonungslosigkeit das auf, worauf wir Freien Wähler seit Jahren hinweisen. Die Ausgaben für den ÖPNV, sie umfassen 94 % unseres Etats, haben mittlerweile einen Umfang angenommen, der uns aufhorchen lassen muss.

Keine Frage, der ÖPNV ist das Rückgrat unserer wirtschaftlich starken Region Stuttgart und ein zentraler Baustein zu ihrer nachhaltigen Entwicklung. Deswegen wurde auch der weitere Ausbau des ÖPNV beschlossen. Die Maßnahmen reichen bis weit nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21. Alles wichtige Projekte. Die Frage, wie das wirtschaftlich zu stemmen ist, muss dennoch erlaubt sein, denn selbst notwendige Tarifsteigerungen mag niemand.

Wir müssen sehen, dass wir den ÖPNV auch weiterhin bezahlen können... Das „wir“ ist in diesem Fall nicht „wir“, die wir hier sitzen, sondern es sind „die Fahrgäste“ und „die anderen“, nämlich die Landkreise und letztendlich die Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Wir, da meine ich wieder uns, wir geben deren Geld aus. Durch den Umweg über die Landkreise wird die Belastung der Kommunen nicht uns zugerechnet. Das macht die politische Arbeit möglicherweise leichter, aber die Sache nicht besser.

Wir Freien Wähler stehen hinter dem ÖPNV und haben alle Maßnahmen zum Ausbau und zur Verbesserung mitgetragen. Daran wird sich nichts ändern. Bei manchen Maßnahmen hätten wir uns aber gewünscht, nicht nur auf dem Gaspedal zu stehen, sondern die Geschwindigkeit anzupassen, damit es andere nicht aus der Kurve trägt.

Wir wünschen uns auch, dass vorausschauender gehandelt wird und die vielen laufenden Projekte mit den geplanten „zusammen gedacht“ werden. Weshalb? Die Verkehrsumlagen steigen jetzt um knapp 18 Mio. Euro. Wir schaffen das, könnte man sagen. Das ist aber kein Deckel, sondern eine Zwischenstation auf dem Weg nach oben. Bis 2025 erhöhen sich die laufenden Ausgaben auf knapp 75 Mio. Euro und das ist noch nicht das Ende. Bei den Investitionen ist es nicht viel anders.

Wir bewältigen derzeit das weitaus höchste Ausbauvolumen in der Geschichte des Verbands. Nach ETCS und der Beschaffung von 58 neuen S-Bahn-Zügen stehen nun die Finanzierung der Begleitmaßnahmen zu S21, die Maßnahmen zur Steigerung der Qualität des Schienenknotens Stuttgart, die S-Bahn nach Neuhausen sowie die barrierefreien Bahnsteige zur Finanzierung an. Alles richtig. Alles notwendig.

Die von uns Freien Wählern geforderte Übersicht der beschlossenen Maßnahmen und der finanziellen Folgen im Bereich der S-Bahn und im Mobilitätsmanagement zeigt nach 2025 weitere deutliche Steigerungen.

Denn die großen Brocken tauchen noch gar nicht im Haushaltsplan auf, weil sie außerhalb des Zeitraums der Finanzplanung liegen. Sie sind aber beschlossen und zu finanzieren. Stichwort: Vorausschauend planen.

Hinzukommen die Betriebskosten aus dem beschlossenen 15-Min.-Takt an Samstagen und aus weiteren Maßnahmen bis und nach Inbetriebnahme von S 21, z.B. die Schusterbahn und andere diskutierte Projekte. Wenn man die Zins- und Tilgungsbelastung einrechnet, kommt man nach 2025 zu weiteren 60 Mio. Euro jährlich gegenüber heute. Geld, das in den Kreis- und Gemeindehaushalten für andere wichtige Aufgaben fehlt.

Auf die Einnahmebeschaffung, wie Fahrgelder, Regionalisierungsmittel und Landeszuschüsse haben wir kaum Einfluss. Es bleibt daher eine ständig anwachsende Deckungslücke. Geld, das wir über die Umlagen bei den Kommunen holen.

Wie man dort mit der steigenden Belastung zurechtkommt, muss uns alle interessieren, nicht nur uns Freie Wähler. Wir mahnen zur Solidarität mit den Umlagefinanzierern. Daher müssen wir uns der Frage zuwenden, wo die Belastungsgrenze der Landkreise und Kommunen liegt. Sie sind unsere Partner und nicht nur die Zahlmeister.

Uns bewegt die Mobilität von Morgen in einer Region, die stärker denn je vom Automobil abhängig ist. An der Transformation und an der nachhaltigen Region Stuttgart führt kein Weg vorbei. Beides lässt sich aber nicht einfach durch einen Beschluss der Regionalversammlung erreichen, sondern braucht langen Atem, viel Geld und die Bereitschaft anderer Akteure, wie die Unternehmen und die Bürgerschaft, mitzumachen.

Alles, was zur Nachhaltigkeit beiträgt, ist richtig. Es wird aber zu spürbaren Veränderungen in der Produktionslandschaft und auf dem Arbeitsmarkt kommen.

Als Regionalversammlung sind wir aufgefordert, andere dabei zu begleiten und deren Rahmenbedingungen zu verbessern, damit diese Mega-Aufgabe gelingt.

Dennoch braucht es *jetzt* das Geld, um auf Klimaneutralität umzusteigen und neue, nachhaltige Produkte auf den Markt zu bringen, die unsere Wirtschaftskraft stärken, um die Infrastruktur und den sozialen Frieden zu sichern.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich, und Nachhaltigkeit besteht aus dem Gleichklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Die Transformation unserer Industrie braucht dringend Flächen, die geeignet sind, bestehenden und neuen Unternehmen attraktive Ansiedlungsmöglichkeiten zu bieten. Sehr wichtig dabei ist die zeitnahe Verfügbarkeit - aus dieser Grundüberzeugung heraus ist der Gedanke der Vorhaltestandorte entstanden, den wir von Anfang an unterstützt haben. Deswegen bedauern wir das Ergebnis des Bürgerentscheids in Dettingen zum Projekt „Hungerberg“. Darin spiegelt sich wider, dass es leichter geworden ist, Bürgerinnen und Bürger gegen ein Vorhaben zu mobilisieren, ohne die Kehrseite einer solchen Entscheidung aufzeigen zu müssen.

Selbst der Ministerpräsident hat kürzlich seine Nachdenklichkeit über die aktuelle Ausgestaltung von Bürgerentscheiden zum Ausdruck gebracht. In gewisser Weise erinnert er einen dabei an Goethes Zauberlehrling.

Gewerbeflächen aus dem Hut zaubern kann niemand. Aber wir ziehen den Hut vor Daimler und der Stadt Weilheim. Trotz der spürbar kritischen Haltung in der Region wird der Anlauf dazu genommen, dort eine Brennstoffzellenfabrik zu errichten. Dies werden wir mit aller Kraft unterstützen, wie auch die Entwicklung anderer Gewerbeflächen.

Wohnungspolitik ist Sozialpolitik. Der auch durch die Regionalplanung verursachte Mangel an Wohnraum mit der Folge massiver Preissteigerungen betrifft längst nicht mehr nur einkommensschwache Haushalte. Die Politik und auch einzelne Fraktionen haben viel davon geredet und wenig gehandelt.

Frau Ministerin Razavi hat hohe Erwartungen an ihr neues Ministerium geweckt. Es braucht aber vor allem ein gesellschaftliches und politisches Einvernehmen zu mehr Wohnungsbau. Dies gelingt nur, wenn neben der Innenentwicklung auch der Neubau

im Außenbereich akzeptiert wird. Die Politik der Mehrheit der Regionalversammlung bewirkt eine weitere Verknappung eines ohnehin knappen und daher teuren Gutes.

Vielleicht gelingt es, mit der IBA den Korken aus der Flasche zu ziehen. Das IBA Netzwerk und die Projekte sind in der Region gut verteilt und haben vielerorts eine Dynamik ausgelöst. Sie sollen die Ankerpunkte im Ausstellungsjahr sein... sofern sie alle bis 2027 fertig gestellt oder zumindest im Bau sind. Denn schließlich handelt es sich um eine IBA, eine Bau-Ausstellung und nicht um eine IPA, eine Plan-Ausstellung.

In den verbleibenden fünf Jahren muss geklotzt und darf nicht gekleckert werden. Wir sind bereit, der GmbH zusätzliche Mittel zu geben, wenn dadurch der Erfolg der IBA '27 gesichert wird. Seien wir uns darüber im Klaren: Sie muss ein Erfolg werden. Das wird sie aber nur, wenn Sehenswertes bis dahin gebaut ist. Daher erscheint es sinnvoll, sich zu fokussieren.

Fokussieren sollten wir uns auch auf die Frage, wo in unserer Region künftig mehr regenerative Energie erzeugt werden kann. Die 2%-Vorgabe des Landes könnte helfen, der Windkraft neuen Schub zu geben. Es wäre wünschenswert, wenn der Verband bald einen Knopf an das eigene Verfahren machen könnte, denn auch wir wollen unseren Beitrag zu den 1000 Windkraftanlagen in Baden-Württemberg leisten.

Unser Beitrag für schnelles Internet heißt Gigabit-Region Stuttgart. Es gilt aufzupassen, dass sich die Sache nicht als großer Marketing-Coup herausstellt. Die Telekom selbst verkündet den kostenfreien deutschlandweiten Ausbau bis 2030, und andere Marktteilnehmer bieten zwischenzeitlich den Kommunen Glasfaser ohne kommunales Geld an. Die Situation hat sich seit der Gründung der Gigabit-Region geändert, weshalb sie zu Verhandlungen mit der Telekom beauftragt werden sollte, um sich neu aufzustellen und neue Marktteilnehmer in den Blick zu nehmen.

Neu in den Blick genommen haben unsere Region viele hier lebende Menschen... warum in die Ferne schweifen, das Gute liegt so nah. Wir leben in einer fantastischen Region. Die 179 Kommunen sind wie die Facetten dieses Edelsteines.

Der Verband hat einen wesentlichen Anteil daran, dass es geglückt ist, Leben, Arbeiten und Genießen zu verbinden. Durch eine Vielzahl von realisierten Projekten im Landschaftspark wurde ein spürbarer Mehrwert für Mensch, Natur und Klima erzielt. Die Erlebarmachung der Flüsse gehört zu den großen und lohnenden Aufgaben. Das gilt für alle Flüsse in der Region, auch für den Nesenbach. Dort, wo das Landschaftsparkschild steht, ist Lebensqualität garantiert. Diese Anstrengungen verdienen Lob und Anerkennung.

Gleiches gilt auch Ihnen, Frau Dr. Schelling, und der Geschäftsstelle für die Aufstellung des Haushaltsplans und die gute Arbeit, die es uns ermöglicht, unsere ehrenamtliche Verantwortung wahrzunehmen zu können, um zu einer lebendigen und wirtschaftlich starken Region beizutragen.